



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2013/2213(DEC)

27.11.2013

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Haushaltskontrollausschuss

zu der Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen
Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz für das
Haushaltsjahr 2012
(2013/2213(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Pervenche Berès

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt den kontinuierlichen Beitrag der Agentur zur Förderung hoher Standards auf dem Gebiet der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in der EU und weist auf die wichtigsten Aktivitäten der Agentur im Jahr 2012 hin, wie das Foresight-Projekt im Zusammenhang mit den Risiken „grüner“ Arbeitsplätze und den Start der Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze“; sieht dem neuen mehrjährigen Strategieprogramm der Agentur erwartungsvoll entgegen, das eng mit den Zielen der Strategie Europa 2020 verknüpft ist und die dringend benötigte und erwartete Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2013-2020 unterstützt;
2. bringt seine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass der Rechnungshof die dem Jahresabschluss der Agentur für das Haushaltsjahr 2012 zugrundeliegenden Transaktionen für rechtmäßig und ordnungsgemäß erklärt hat;
3. begrüßt die positive Entwicklung der Verhandlungen mit den spanischen Behörden über die Räumlichkeiten der Agentur und die Tatsache, dass 2013 möglicherweise eine Vereinbarung zum Sitz der Agentur unterzeichnet wird;
4. nimmt mit Bedauern die Anmerkungen des Rechnungshofs zu der Rate der in das Jahr 2013 übertragenen gebundenen Mittel zur Kenntnis; versteht die Übertragungen im Fall mehrjähriger Projekte; fordert jedoch Maßnahmen zur Verbesserung der Organisation künftiger Vergabeverfahren;
5. nimmt die Anmerkungen des Rechnungshofs zur hohen Rate in Abgang gestellter Mittel für Titel I (9,5 %) zur Kenntnis; verweist jedoch auf den Rückgang der Rate in Abgang gestellter Mittel für Titel II und III gegenüber dem Vorjahr sowie auf die niedrigere Gesamtrate in Abgang gestellter Mittel gegenüber dem Jahr 2011.